

Haushaltsrede zum Haushalt 2017 - Jens Williges GRÜNE

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich möchte mich gleich zu Beginn bedanken für die umfangreiche Vorarbeit zum Haushalt. Die Stadtverwaltung Ronnenberg leistet hier eine herausragende Arbeit, auch mit den Ergänzungen zum reinen Zahlenwerk. Der Ronnenberger Haushaltsplan dient Verwaltungen andererorts als Vorbild. Kurzum, vielen Dank an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtverwaltung.

Auch am Anfang möchte ich den vielen ehrenamtlich Tätigen in der Stadt Ronnenberg meinen Respekt zollen. Ohne die Arbeit in den Vereinen, Verbänden, bei der Feuerwehr, beim THW, bei der Pflege von Angehörigen, bei der Flüchtlingshilfe und in vielen weiteren Feldern ehrenamtlicher Arbeit würde das Zusammenleben in der Stadt nicht funktionieren. Die öffentliche Hand kann diese Aufgaben nicht übernehmen, sie ist auf die Ehrenamtlichen angewiesen.

Die Bürgermeisterin hat in ihrer Einführungsrede zum Haushalt zu Recht darauf hingewiesen, dass finanzielle Spielräume im Haushalt kaum vorhanden sind, dass die Zeit „kommunaler Wohltaten“ vorbei sei, und dass die Liquiditätskredite abgebaut werden müssen.

Auch, wenn ich die Ausführungen teile, hinterlassen sie durch das Weglassen entscheidender Zahlen, einen falschen Eindruck. Man könnte glauben, dass der Rat in der Vergangenheit die angespannte Finanzlage nicht genügend beachtet habe.

Bei einer vollständigen Betrachtung ändert sich dieses Bild.

Wir haben in den letzten Jahren unsere Hausaufgaben gemacht. Die Kassenkredite stammen aus früheren Jahrzehnten.

In den letzten Jahren dagegen konnten wir sie um 8 Mio. auf 16 Mio. € zurückführen.

In der letzten rot-grünen Ratsperiode wurden die defizitären Ergebnishaushalte gestoppt.

Allein im letzten Jahr schnitt der Ergebnishaushalt mit einem Plus von 2 Mio. ab.

Diese positive Entwicklung, die natürlich auch ihre Ursache in der allgemein guten Konjunktur und dem niedrigen Zinsniveau hat, wäre aber ohne unseren Einsatz nicht möglich gewesen.

Wir haben neben Einsparungen bei der Verwaltungsstruktur, neben Kostenersparnissen durch Energieeinsparung und auch durch Gebühren- und Steuererhöhungen die ausgeglichenen Ergebnishaushalte erst ermöglicht. Allein durch die Erhöhung der Geldspielautomatensteuer wurde innerhalb von drei Jahren 1 Mio.€ mehr eingenommen.

Unsere Beschlüsse, die zum großen Teil von der damaligen Opposition abgelehnt wurden, haben zusammen jedes Jahr über eine Million Euro Entlastung im Haushalt gebracht. Trotz früherer Ablehnung hat Frau Harms diese Maßnahmen später im Amt der Bürgermeisterin als Grundlage für ihr Haushaltskonsolidierungskonzept übernommen.

Ohne die jährliche Million wäre noch nicht einmal der kleine jetzt geplante Überschuss von 103.000 € erreicht worden.

Lamentieren über hohe Schulden bleibt solange reine Stimmungsmache, solange man nicht selbst aktiv auch Verbesserungsvorschläge einbringt oder unterstützt.

Dass man nicht immer nur mit Steuererhöhungen oder Leistungseinschränkungen finanzielle Spielräume gewinnt, zeigt das Ergebnis der Übernahme der Mehrheit am Stromnetz. Hieraus generiert die Stadt etwa 80.000 Euro jährlich Gewinn, Geld, das nun am Ort der Wertschöpfung verbleibt. Ein Projekt, an dessen Vorarbeit sich eine Gruppe im Rat nicht beteiligt hat.

Was wir zur Sicherung zukünftiger Einnahmen aber auch benötigen, sind verlässliche Gewerbesteuererinnahmen. Hier erwarten wir Erfolge von der Wirtschaftsförderung bei der Ansiedlung neuer Betriebe und der Bestandspflege. Das angedachte neue Gewerbegebiet in

Ronnenberg Nord-Ost an der B 217 muss nun zügig weiter geplant werden.

Neben dieser positiven Entwicklung hat die Stadt aber das Wichtigste nicht versäumt, ihre Investitionen in die Infrastruktur. Es wurden viele neue Kindertagesstätten gebaut, viel in Instandhaltung investiert und ein Teilneubau der MCS für 14,5 Mio. € fertiggestellt. Dieses musste zum Teil auch aus neuen Krediten finanziert werden, da es an Rücklagen mangelt. Entscheidend ist aber, dass die Zinsen und die Tilgung sich aus den laufenden Einnahmen finanzieren lassen. Dieses haben wir erreicht.

Wegen der Notwendigkeit des Neubaus einer Grundschule werden auch in den kommenden Jahren Kreditaufnahmen oberhalb der Tilgungen und damit eine Neuverschuldung für Investitionen nötig sein.

Die Stadt hat im Plan 2017 einen Saldo aus ihrer Investitionstätigkeit von 3,9 Mio.€ und muss dafür 1,1 Millionen neue Kredite aufnehmen.

Die absolute nominelle Verschuldung erhöht sich zwar.

Der Verschuldungsgrad Ronnenbergs bezogen auf das kommunale Vermögen verringert sich dagegen.

Dieses resultiert daraus, dass die neuen Investitionen zu einem kleineren Teil kreditfinanziert werden, als das vorhandene Vermögen der Stadt.

Trotzdem werden die Grünen wie in der Vergangenheit auch weiterhin dafür eintreten, dass auch der absolute Anstieg der Kredite gebremst wird und nach den großen Investitionen im Schulneubau auch wieder zurück geht.

Bei der Betrachtung der diesjährigen Nettoneukreditaufnahme von 1,1 Mio. € durch die Investitionen muss man allerdings auch zusätzlich bedenken, dass in 2017 alleine 1.6 Mio. € für zum Abbau des Investitionsstaus beim Abwassernetz eingeplant sind. Auf Antrag der Grünen wurde seinerzeit das Sanierungsprogramm um jährlich 1 Mio. aufgestockt, was ab dem nächsten Jahr auslaufen kann. Da die Abwasserbeseitigung eine gebührende Einrichtung ist, ist die Rückzahlung der Kredite hierfür gedeckt.

Die Stadt hat neben den Haushaltsverbesserungen, den Investitionen, den gesetzlichen Pflichtaufgaben in dieser Zeit auch noch die freiwilligen Leistungen erhöht und damit die Situation für die Bürgerinnen und Bürger verbessert. Beispielhaft sei hier das von allen Parteien mitgetragene erweiterte Hortangebot angeführt. Für die schnelle Umsetzung in diesem Fall noch ein ausdrücklicher Dank an die Verwaltung.

Die Grünen haben zu dem Haushalt Änderungsanträge eingebracht, die in der Summe nicht zu finanziellen Mehrbelastungen führen.

Einmal, die für die Stadt kostenneutrale Anschaffung eines Elektro-Lastenfahrrades zum Ausleihen. Falls dieses Angebot von den Bürgern angenommen wird, führt es zu weniger KFZ-Verkehr, entlastet die Umwelt und ermöglicht es Menschen, die sich kein Auto leisten können, auch größere und schwerere Einkäufe vorzunehmen. Insofern ist es ein Versuch wert.

Weiterhin haben wir die Erhöhung der Mittel für die Umweltbildung um 5.000 Euro beantragt. Gerade praktische Erfahrungen in den Kitas und in der Schule im Bereich des Umweltschutzes prägen die Menschen ein Leben lang dahingehend, dass man sorgsam mit der Umwelt umgehen muss, damit nicht am Ende auch die Lebensgrundlage für die Menschen verschwindet. Das spart auch zukünftige Kosten.

Wir haben einen Prüfauftrag zur Rückübertragung der Aufgaben aus dem Waffenrecht an die Region eingebracht. Nach den Erkenntnissen anderer Umlandkommunen entlastet dieses den städtischen Haushalt nennenswert oder alternativ wird mehr Personalkapazität für andere Aufgaben frei.

Der vierte Antrag gemeinsam mit der Gruppe 1 bezog sich auf die Bereitstellung eines Raumes in dem Standesamtsgebäudes für die Erinnerungskultur. Wir sind der Auffassung, dass bei der jetzigen Planung des ersten Obergeschosses mit den angedachten Archivräumen, Spielraum für den einen Raum für die Erinnerungsarbeit vorhanden ist, ohne dass einer der benötigten Büroräume weichen muss.

Der fünfte Grüne Antrag bezieht sich auf die Entwicklung des Ortskerns im Stadtteil Ronnenberg. Wir haben im letzten Jahr die Verwaltung beauftragt, die schadhafte Fußwegsteine entlang der Grünfläche auf der nördlichen Seite der Langen Reihe auszutauschen. Wir hoffen, dass die Maßnahme nun bald beginnt. Kleinere Schönheitsmaßnahmen und das Graffiti an der Wendeschleife reichen aber nicht. Es ist an der Zeit, sich weitergehende Gedanken für eine Stadtkernentwicklung zu machen. Hierfür wollen wir die Bürgerinnen und Bürger Ronnenbergs einbeziehen, aber auch Ideen von externen Fachleuten sammeln. Für daraus entstehende Gestaltungsmaßnahmen muss auch Geld zur Verfügung gestellt werden. Wir haben für den Anfang und die Planung 20.000 Euro für den Haushalt beantragt.

Im Zusammenhang mit der Ortskernentwicklung muss es endlich auch Fortschritte bei der Wegeverbindung an der Beeke geben. Wenn kein Einlenken der Eigentümer absehbar ist, müssen auch andere städtebauliche Instrumente in Betracht gezogen werden. Auch muss die Stadt Druck machen, damit endlich mit dem Bau des Geschäftshauses mit der angedachten Eisdiele begonnen wird.

Wir haben die Änderungsanträge der Gruppe 1 mitgetragen, die in der Summe den Ergebnishaushalt um etwa 70.000 € erhöhen, einem Anteil von 0,14%. Mit Verweis auf die Schulden der Stadt an dieser Summe Kritik zu üben, wird dann unglaublich, wenn man zu den restlichen 99,86% Aufwendungen, die auch etliche freiwilligen Leistungen enthalten, keine Kritik übt und keine Änderungen beantragt.

Mit dem Haushalt 2017 wird die Sanierung des Freibades schlussfinanziert. Bei Beschluss des Sanierungskonzeptes Ende 2015 lag die erste grobe Kostenschätzung bei 1,24 Mio. €. Die erste genaue Kostenkalkulation des Planers aus dem Juni 2016 ergab 1,32 Mio. Euro. Nach der Kostenschätzung von letzter Woche wird die Investitionssumme am Ende bei 1,245 Millionen Euro liegen. Hier zeigt sich, wie schon bei der Marie Curie Schule, dass öffentliche Bauten nicht immer teurer als geplant werden. Ein großes Lob an die Verwaltungsmitarbeiter.

Wir sind davon überzeugt, dass der Zeitpunkt der Erneuerung des Beckens genau der richtige war - möglichst lange das alte Becken nutzen und jetzt von der günstigen Finanzierung profitieren.

Für Zins und Tilgung bzw. Abschreibung für den Neubau wird die Stadt etwa 70.000 Euro Mehrkosten im Jahr haben. Eine vertretbare Summe angesichts unserer vorher beschriebenen Entlastungsmaßnahmen, die ein Vielfaches dieser Mehrkosten ergeben. Verantwortungsvoll im Umgang mit Finanzen ist nicht derjenige, der verlaubbart, Sparen zu wollen, es aber nicht tut, sondern derjenige der an der richtigen Stelle investiert und trotzdem den Haushalt verbessert.

Wir hoffen, dass mit dem neuen Planschbecken und der Beheizung die Besucherzahlen auf ein höheres Niveau steigen und sich damit das Freibad als attraktives Angebot und Begegnungsstätte herausstellt.

Wir werden nachher eine Resolution an das Land mit der Forderung, die Kinderbetreuung finanziell besser zu bezuschussen, verabschieden. Diese beinhaltet nur einen Aspekt bei der Verteilung der öffentlichen Finanzen. Die Kommunen haben nach gestern veröffentlichten Zahlen im letzten Jahr bundesweit ihre Überschüsse in der Summe nochmals von 2,2 Mrd. € auf 5,4 Mrd. gesteigert.

Es gibt auch hier im regionalen Umland Kommunen, die wegen des Flughafens oder eines Autobahnanschlusses keine oder kaum Schulden haben. Ronnenberg dagegen kommt wegen seiner Sozialstruktur und aufgrund einer geringeren Steuerkraft trotz Sparsamkeit und überdurchschnittlichen Steuersätzen nicht von seinen Gesamtkrediten runter, auch wenn die Kassenkredite um 8 Mio. € zurückgeführt werden konnten.

Hier zeigt sich ein grundsätzliches Verteilungsproblem.

Statt einer Senkung der Regionsumlage für alle Kommunen, hätte die Regionsversammlung das Geld gezielt für steuerkraftschwache Kommunen einsetzen müssen. Angeboten hätten sich hier z.B. Zuschüsse für den Kita- oder Schulbau.

Aber auch der kommunale Finanzausgleich im Land funktioniert nicht ausreichend genug. Die bei der Einnahmeverbesserung und der sparsamen Haushaltsführung vorbildliche Stadt Ronnenberg hat keine Chance Entschuldungshilfen zu bekommen und muss sogar noch den Topf für andere arme Kommunen mitbefüllen.

Der Bund, der die meisten Möglichkeiten hat, die Einnahmen zu steuern und aktuell Überschüsse hat, muss einen Teil davon zur Erhöhung der Investitionen auf örtlicher Ebene verwenden. Dieses würde nicht nur den zukünftigen Wohlstand sichern, es wäre auch wirtschaftlicher als eine reine Schuldentilgung. Die Bürgerinnen und Bürger wollen auch nicht ein paar Euro Steuersenkung. Sie wollen lieber eine intakte Infrastruktur, Sicherheit und funktionierende staatliche Institutionen.

Öffentliche Haushalte sind keine Privathaushalte.

Um es mit den Worten von Joseph Stieglitz zu sagen: Die staatlichen Ebenen müssen sich eher wie moderne Unternehmen verhalten, die sich ihre Bilanzen ansehen und Schulden machen, wenn die Renditen der Investitionen, die sie kreditfinanzieren, höher als die Kapitalkosten sind.

Genau das macht Ronnenberg durch seine Investitionen in Kitas, Schulen, Energieeinsparung und in das Freibad. Das schafft nicht nur Wirtschaftswachstum, Steuereinnahmen und Arbeitsplätze, es bringt auch Sozial- und Bildungsrenditen zur Sicherung des zukünftigen Wohlstands.

Zusammengefasst beschließen wir heute einen Haushalt, der im Gegensatz zu Haushalten vieler Nachbarkommunen ausgeglichen ist. Die Stadt investiert in die Zukunft und kann den Ressourcenverbrauch aus den Einnahmen decken.

Das bedeutet, wir lassen die öffentlichen Leistungen auch von den heutigen Nutznießern bezahlen und nicht von den kommenden Generationen.

Außerdem wollen wir wie bisher die alten Kassenkredite weiter zurückfahren. Dieses beides wird auch in den kommenden Jahren die Leitlinie der GRÜNEN sein.

Die Fraktion der GRÜNEN wird dem vorliegenden Haushaltsplan, der die grüne Handschrift aus den letzten Jahren fortführt, zustimmen.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.